

1968 Der Kampf gegen den Notstand der Demokratie



Eine Veranstaltung von  und  Frankfurt

Wann

Mittwoch

16. April 2008

um 17 Uhr

Wo

DGB Haus Frankfurt am Main

Willi-Richter-Saal

Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77

Es sprechen:

Prof. Dr. Frank Deppe

Professor für Politikwissenschaft
an den Universitäten
Frankfurt und Marburg

Lorenz Knorr

Widerstandskämpfer und
Antifaschist, ehemals Bundes-
sprecher der VVN-BdA,
1968 Mitunterzeichner des Aufrufs
„Verhindert die Notstandsgesetze“

Rainer Herth

IG Metall-Mitglied und VK-Vor-
sitzender; MAN-Roland, Offenbach

2008 ... und heute gegen den Notstand der Republik

1958
bis
1968

Der Kampf gegen den Notstand der Demokratie

Vor 40 Jahren

Ab 1958 wurde die Vorbereitung der Notstandsgesetze in aller Heimlichkeit ohne Unterrichtung und Information der Öffentlichkeit und unter Umgehung des Parlaments durch die Adenauer-Regierung betrieben. Vor allem die ausgearbeiteten und später durch die Notstandsgegner veröffentlichten „Schubladengesetze“ signalisierten bereits, dass die Bundesregierung das Grundgesetz untergräbt.

Ermächtigung gegen das Volk

Das Parlament verabschiedete sieben Notstandsgesetze, mit denen die Regierung jederzeit, also auch schon in ganz normalen Friedenszeiten, Millionen Bürger in Zwangsorganisationen erfassen konnte, und ermächtigte einen Ausschuss, bzw. Kanzler und Bundespräsidenten, den Krieg auszurufen und das Militär gegen das Volk im Innern einzusetzen.

Nur von wenigen Demokraten wurde anfangs über diesen Anschlag auf die Verfassung berichtet und in vielen Kampagnen aufgeklärt. 1968 organisierte der DGB und die Gewerkschaften Großkundgebungen, der sich viele Gewerkschafter aus den Betrieben anschlossen und in den großen Städten beteiligten sich zehntausende Teilnehmer an Demonstrationen, auf denen der Streik gefordert wurde.

Im Kampf gegen die Notstandsgesetze und den „Notstand der Demokratie“ warnte das damalige Vorstandsmitglied der IG Metall, Georg Benz, auf einer großen Kundgebung 1966:

„Die Gefahr, die uns droht – ich möchte es noch einmal unterstreichen – ist der totale Staat im Gewande der Legalität, die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie.“

40 Jahre später: Notstand der Republik

Heute wendet die Regierung die Notstandsgesetze an – ohne Ausrufung des Notstands. Der Staat wird aus- und umgebaut, wie es das Grundgesetz aus gutem Grund verbietet und wie er aufgrund der Erfahrungen aus Krieg und Faschismus nie wieder sein sollte.

Bundeswehreinätze im Ausland

Die Große Koalition hat im Oktober 2006 ein „Weißbuch“ zur Regierungsrichtlinie erhoben, in dem es einleitend heißt: „Dem vereinigten Deutschland fällt eine wichtige Rolle für die künftige Gestaltung Europas und darüber hinaus zu.“ Dafür wird das Eingreifen der Bundeswehr auf dem ganzen Erdball verlangt. Die genannten Gründe reichen von der „gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen“ bis zu der Aussage, dass „Pandemien und Seuchen sich zu einer ernsthaften Gefahr für Frieden und Stabilität entwickeln.“

Bundeswehreinätze im Inland

Beim G8-Gipfel in Heiligendamm wurde die Bundeswehr eingesetzt und die gesamte Armee stand unter Bereitschaftsbefehl. Die Bundeswehr hat seit dem 1. Juli 2007 in allen 470 Landratsämtern und kreisfreien Städten der Bundesrepublik über 5000 Reservisten stationiert. Es geht um den „Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen“. Die CDU will diese Zahl auf 250 000 Männer und Frauen aufstocken. Auch in Frankfurt hat das Militär ein Reservistenkommando bei der Stadt stationiert.

Zentralisierung von Polizei und Geheimdiensten

Polizei, Geheimdienste und Militär werden beispielsweise im „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“ unter einem Dach zusammengeführt, verbunden mit der Anti-Terror-Datei, die Erkenntnisse von Polizei und Geheimdiensten enthält.

Damit wird das Gebot des Grundgesetzes, Geheimdienste und Polizei zu trennen, missachtet. Das Trennungsgesetz war eine Konsequenz aus den Erfahrungen aus dem Faschismus. Durch die teilweise Aufhebung der Trennung wird die parlamentarische Kontrolle der Polizei fast unmöglich gemacht.

Veranstalter:



IG Metall-Verwaltungsstelle
Frankfurt am Main und



ver.di Bezirk Frankfurt am Main
und Region

V.i.S.d.P.: Thomas Wissgott, Geschäftsführer, ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region